

Zu Punkt der Tagesordnung

Antrag		0528/2011 öffentlich 09.06.2011
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 09.06.2011	Ratsversammlung	Ratsherr Landsiedel, FDP-Ratsfraktion
Betreff: Alternativantrag zu TOP 19 der Ratsversammlung am 09. Juni 2011 - Klimaverträgliches Energieerzeugungs- und Versorgungskonzept für Kiel, Drs. 0461/2011		

Alternativantrag

Das vorliegende Klimaverträgliche Energieerzeugungs- und Versorgungskonzept für Kiel, Drs. 0461/2011, wird als konzeptioneller Zwischenschritt betrachtet und als solcher zur Kenntnis genommen.

Das Konzept wird in einem weiteren Schritt unter folgenden Maßgaben 1. bis 6. überarbeitet, konzeptionell ergänzt und in diesem Sinne als neue Vorlage der Selbstverwaltung innerhalb der nächsten sechs Monate, spätestens zur Ratsversammlung im Januar 2012 zur Beschlussfassung vorgelegt.

1. **Interkommunale Zusammenarbeit prüfen**

Es werden zeitnah Gespräche mit den Nachbargemeinden geführt, um in einem neuen Gutachten die Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit bei der Energiegewinnung und -versorgung auszuloten und konzeptionell zu berücksichtigen.

Begründung zu 1.

Das vorliegende Konzept berücksichtigt nicht die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit in den Fragen der Energiegewinnung und -versorgung. Chancen der Zusammenarbeit bei einer effizienten Energieerzeugung mit den Stadtwerken der Region werden vollständig ausgeblendet. Doch gerade in der regionalen Zusammenarbeit liegen realisierbare Effizienzgewinne. Gemeinden der benachbarten Kreise wurden weder befragt noch als denkbare Option in das Konzept eingebunden. Ein Interesse dieser Gemeinden ist – siehe Neumünster und Bordesholm – gegeben.

2. **Einbindung unserer Partner**

Es werden unverzüglich Gespräche mit den Stadtwerken Kiel, dem Gemeinschaftskraftwerk Kiel, der Müllverbrennungsanlage Kiel usw. geführt, um deren Expertisen in der konzeptionellen und strategischen Ausrichtung zu berücksichtigen. Diese Unternehmen werden bei allen weiteren Fragestellungen umfassend in einem neuen Gutachten eingebunden.

Begründung zu 2.

Bei der Erstellung des Gutachtens wurden wichtige Partner oder an diesen beteiligte Unternehmen nicht eingebunden. „Zum einen haben die Gutachter während der Erstellung auf Gespräche mit uns – als einem der Hauptakteure – verzichtet ... „ – dieser Satz in der Stellungnahme der Stadtwerke Kiel AG zeigt, wie unprofessionell dieses Gutachten erstellt wurde und die dort dargelegten Zahlen keinesfalls auf unumstrittenen Datenmaterial basieren, wie dies in den Stellungnahmen dieser Unternehmen deutlich wird.

3. Einsatz von Biomasse relativieren

Biomasse wird nur im Rahmen von nicht flächengebundenen Reststoffen wie Gülle, Stalleinstreu, Reststroh, Holzabfallprodukte und Klärschlamm genutzt. Eine dahingehende Korrektur des vorliegenden Gutachtens wird in Abstimmung mit der Landwirtschaftskammer vorgenommen. Dabei wird ein Konzept zur Einbindung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in die Umsetzung von Biogasanlagen erarbeitet. Bei der Standortwahl der dezentralen BHKW stellt die räumliche Nähe zum Ort der Entstehung der Biomasse ein entscheidendes Kriterium dar. Diese Aspekte werden in einem neuen Gutachten zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

Begründung zu 3.

Das vorliegende Gutachten sieht ein erhebliches Potenzial von regional verfügbarer Biomasse zur Erzeugung von Biogas/Biomethan. Vorgeschlagen werden ein Biomasseheizkraftwerk (ca. 20 MW) auf Basis von Holzhackschnitzeln am Standort der MVK sowie vier bis fünf dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) an den Standorten Elmschenhagen, Wellsee, Grünes Herz, Russee und Schilksee-Süd mit einer Gesamtleistung von 8 bis 9 MW. Die Erzeugung von Biogas/Biomethan soll von einem „langfristig nachhaltigen Energiepflanzenanbau auf ca. 30 % der (Acker-) Fläche“ gespeist werden.

Diese Vorstellungen sind aus Sicht der FDP-Ratsfraktion unrealistisch und nicht realisierbar. Der Einsatz von Biomasse darf nicht dazu führen, dass es zu einer Flächenkonkurrenz mit dem Anbau von landwirtschaftlichen Produkten wie Mais, Getreide oder Ölsaaten und damit zu einer Erhöhung der Lebensmittelpreise kommt. Weitere Probleme sind die Entstehung von Monokulturen, die Belastung des Grundwassers durch zusätzliche Düngungen, da zunehmend bisher stillgelegte Flächen wieder einer intensiveren Nutzung zugeführt werden. Die Landwirtschaftskammer bestätigt eindrucksvoll, dass die vorgelegten Zahlen zur Verfügbarkeit von Biomasse vollkommen unhaltbar sind: „Wir haben jedoch erhebliche Bedenken bezüglich der Tragfähigkeit und Realisierungsmöglichkeit der in der Studie getroffenen Annahmen zur Flächen und Rohstoffverfügbarkeit“. Die in der Studie vorgesehene Menge wird auf ca. 680.000 t geschätzt, die Landwirtschaftskammer geht von einer maximalen in der Region zur verfügbar stehenden Biomasse von 130.000 t aus, also lediglich 20%!

4. Konzept zur Umsetzung eines GuD-Kraftwerks und zur Gasversorgung erstellen

Es sind zeitnah Gespräche mit den Gesellschaftern des GKK zur Entwicklung eines Konzeptes zur Umsetzung eines GuD-Kraftwerks und der damit verbundenen Sicherstellung der Gasversorgung aufzunehmen. Dabei wird der Zeitrahmen festgelegt, der alle planungs- und genehmigungsrechtlichen Aspekte berücksichtigt. Die Suche nach weiteren Partnern – z.B. Neumünster – für den Bau eines überregionalen, effizienten Kraftwerks ist zu prüfen. Die Ergebnisse werden in ein neues Gutachten zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

Begründung zu 4.

Der im Gutachten vorgeschlagene Ausbau des Kieler Fernwärmenetzes und die Umstellung des jetzigen Kohlekraftwerkes auf ein klimafreundlicheres, zentrales Gas- und Dampfturbinenkraftwerk werden von einer großen Mehrzahl der zur Stellungnahme aufgeforderten Experten positiv bewertet. Dieser Weg wird von der FDP-Fraktion im vollen Umfang unterstützt, denn hier wird eine zentrale Forderung des kommunalen Wahlprogramms der FDP umgesetzt. Gleichwohl bleiben zur Umsetzung viele Fragen offen. So wird beispielsweise nicht darauf eingegangen, wie die Gasversorgung sichergestellt werden kann, wie die jetzigen Betreiber des GKK ein GuD beurteilen, wer die enormen Investitionskosten aufbringen soll und welcher Zeitrahmen realistisch ist.

5. Möglichkeiten dezentraler Energieversorgung neu bewerten

Der Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) ist insofern neu zu bewerten, als auch andere Energieträger als Biomasse für diese dezentralen KWK-Anlagen konzeptionell zu berücksichtigen sind. Experten unserer Partner, insbesondere der Stadtwerke, sind einzubinden und die Ergebnisse werden in ein neues Gutachten zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

Begründung zu 5.

Wie einem mündlichen Vortrag bei der Vorstellung des Gutachtens zu entnehmen war, weisen laut Gutachter kleinere, dezentrale BHKW im Vergleich zu größeren Anlagen sowohl ökologisch als auch ökonomisch schlechtere Werte aus. Schon aus diesem Grund ist eine Dezentralisierung auf eine Vielzahl von BHKW im Stadtgebiet nicht sinnvoll und muss deshalb in jedem Einzelfall gründlich geprüft werden. Da die Gutachter diese BHKW „vorrangig“ als Biogasanlagen betreiben wollen und wie bereits dargestellt die Gutachter von unrealistischen Mengen von regional zur Verfügung stehender Biomasse ausgehen, ist dieser Aspekt im Gutachten vollkommen neu zu untersuchen und zu bewerten.

6. Energieeinsparstrategie für Wärme und Strom konkretisieren

Die mit der Innovativen Bauausstellung InBa begonnenen Aktivitäten werden gemeinsam mit den Stadtwerken und anderen Partnern ausgebaut, ein eigenes Konzept zur Umsetzung der geforderten Standards in den städtischen Immobilien wird entwickelt und diese Vorschläge werden in einem neuen Gutachten zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

Begründung zu 6.

Unter der Überschrift „Ambitionierte Energieeinsparstrategie für Wärme und Strom“ werden durchaus richtige Annahmen und Empfehlungen gegeben, allerdings sind diese Empfehlungen weder neu noch mit konkreten Handlungsvorschlägen versehen. Der festgestellte steigende Verbrauch von Heizenergie und Strom betrifft sowohl die Kleinverbraucher als auch die Gebäude der öffentlichen Hand. Deshalb ist die geforderte Vermittlung von Wissen über Energiespartechniken und Hinweise zur praktischen Ausführung sicherlich ein richtiger Weg, allerdings sollte hier die Landeshauptstadt Kiel mit gutem Vorbild vorangehen.

gez. Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

f. d. R. Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer